

Gute Studienbedingungen bei steigenden Studierendenzahlen – Wie geht das?

Margret Wintermantel

Situation der Hochschulen in Deutschland

Selten sind die Anforderungen an die Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland in kurzer Zeit so stark gestiegen wie in den letzten zehn Jahren, und selten sind sie so intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Wir haben zurzeit ca. 2,4 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen, von denen im Wintersemester 2011/2012 516 000 das Studium neu aufgenommen haben (Statistisches Bundesamt 2011). Die Hochschulen stehen vor der Aufgabe, allen diesen jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen, das den Anforderungen der Wissensgesellschaft und der Rolle Deutschlands als Innovationsland gerecht werden und zugleich die Erwartungen an die individuelle Entwicklung durch Bildung erfüllen soll.

Die Hochschulen als Zukunftswerkstätten unseres Landes generieren Wissen, geben Wissen weiter und bewahren es. Allerdings gibt es große Unterschiede in der Art und Weise, wie sie diese verschiedenen Aufgaben gewichten und wie sie ihnen nachkommen – oder wie sie ihnen aufgrund der finanziellen Förderung durch die Länder bzw. den Bund nachkommen können. Dies drückt sich besonders deutlich in dem Bemühen zur Schwerpunktbildung und Profilierung aus, das sich in den vergangenen zwanzig Jahren kontinuierlich verstärkt hat und auch heute noch anhält. Sowohl unter den Universitäten als auch unter den Fachhochschulen (und auch zwischen diesen Hochschultypen) findet ein Wettbewerb um die besten Lehrenden, die besten Forschenden und die besten Studierenden, um Drittmittel und internationale Partnerschaften statt. Längst ist erkannt worden, dass nicht alle Hochschulen auf allen Gebieten der Lehre und Forschung Weltklasseniveau erreichen können. Vielmehr sollten sie, nach eingehender Analyse, ihre *Stärken stärken*, also unter Nutzung ihrer spezifischen Bedingungen exzellente Lehre und Forschung betreiben und die Qualität ihrer Leistungen in allen Bereichen weiterentwickeln.

Exzellenzfixierung?

Dies war auch der Tenor der Empfehlung des Wissenschaftsrats zur weiteren Diversifizierung der deutschen Hochschulen im Jahr 2010 (Wissenschaftsrat 2010). Darin wird vor einer Fixierung auf das Exzellenz-Paradigma gewarnt: In der Wahrnehmung der meisten Hochschulleitungen, Wissenschaftler(innen) und Politiker(innen) ist heutzutage mehr denn je die Forschungsuniversität mit internationaler Ausstrahlung das Maß aller Dinge, die internationalen Rankings jedes Jahr aufs Neue sofort nach ihrer Publikation in aller Munde.

Die Bedeutung des Hochschultyps *Forschungsuniversität* wird von niemandem in Frage gestellt, aber angesichts der Vielfalt der Herausforderungen, vor denen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen, spricht der Wissenschaftsrat (2011: 7) folgende Warnung aus: „Eine einseitige Ausrichtung einer überwiegenden Zahl von Universitäten auf Forschungsexzellenz, die ‚besten Köpfe‘, den Wettbewerb mit internationalen Spitzenuniversitäten sowie auf das Modell der ‚World Class University‘ ist unrealistisch und führt zu Verzerrungen.“ Man solle, so der Wissenschaftsrat weiter, statt von „Exzellenz“ lieber von „Qualität“ sprechen.

Diese Feststellung öffnet den Blick auf die große Bandbreite der Aufgaben, vor denen die Hochschulen stehen: Intensive Lehre, Aus- und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens, Erhöhung der Bildungsbeteiligung und gesellschaftliche Integration durch Teilhabe an der tertiären Bildung dürfen nicht geringer bewertet werden als die Forschung. Hochschulen sind nicht nur Stätten der Wissensgenerierung und -weitergabe, sie haben darüber hinaus auch einen eminent wichtigen gesellschaftlichen Bildungsauftrag. Die jungen Menschen, denen sie akademisches Wissen und Können vermitteln, ob im Maschinenbau, in der Medizin oder den Wirtschaftswissenschaften, sollen zugleich die ethische Dimension und die gesellschaftlichen Implikationen ihres Handelns im Blick haben. Wir brauchen engagierte und verantwortungsvolle Bürger(innen) und Demokrat(innen) – das ist es, was sich hinter Wortungetümen wie „Befähigung zu gesellschaftlicher Teilhabe“ verbirgt.

Sowohl „Masse“ als auch „Klasse“

„Masse“ oder „Klasse“? Hochschulentwicklung zwischen Hochschulpakt und Exzellenzinitiative“ – dies war der Titel des Gesprächs, aus dem dieser Beitrag erwachsen ist: Er ist natürlich eine rhetorische Zuspitzung, eine

Provokation, denn die genannten Alternativen sind keine. Die deutschen Hochschulen brauchen beides: Hochschulpakete zur Unterstützung der Lehre und Exzellenzinitiativen zur Förderung der Forschung. Wir brauchen Landärzte, und wir brauchen Nobelpreisträger in Medizin; eine ähnliche Differenzierung brauchen wir in allen Fächern, von Jura über die MINT-Fächer bis hin zu den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Wir brauchen Leuchttürme der Spitzenforschung, und wir brauchen die akademische Landschaft in ihrer Breite und Weite.

Autonomie

Wenn dieser Anspruch umgesetzt werden soll, so benötigen die Hochschulen Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, auf die beste Art in ihrem eigenen Sinne zu agieren. Hochschulen benötigen Autonomie gegenüber ihren Ministerien, und sie müssen funktionierende interne Diskussions- und Entscheidungsstrukturen durch die Einbindung der beteiligten Gruppen, also der Wissenschaftler(innen) und der Studierenden, entwickeln.

Dies ist die Grundvoraussetzung, doch hier zeigen sich – nach Jahren kontinuierlichen Zuwachses für die Gestaltungsfreiheit der Hochschulen in allen Bundesländern – besorgniserregende Gegentendenzen: Die in Landeshochschulgesetzen gewährte Autonomie wird auf der Ebene der Zielvereinbarungen oder der Verordnungen wieder unnötig und bürokratisch eingeschränkt. Auch deshalb hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) im Mai 2011 eine Entschließung verabschiedet, in der die unverzichtbaren Grundlagen der Hochschulautonomie erneut dargelegt sind, verbunden mit dem Appell an die Politik, diese zu respektieren (Hochschulrektorenkonferenz 2011).

Stärken stärken

Auch wenn die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit der Hochschulen nicht die bestmögliche Unterstützung sind, so tun die Universitäten und Fachhochschulen dennoch ihr Bestes, um ihre Stärken selbst weiter auszuprägen. Hierzu gehört auch die Teilnahme an Wettbewerben wie der Exzellenzinitiative. Um die Kooperation der Hochschulen untereinander, gerade auch im Hinblick auf europäische Fördermöglichkeiten, zu erleichtern, hat die HRK eine Forschungslandkarte entwickelt, die derzeit zwar nur die Schwerpunkte der Universitäten ab-

bildet, in Kürze jedoch um die Schwerpunkte der Fachhochschulen ergänzt werden wird.

Exzellenz – oder besser: Qualität – gibt es nicht nur in der Forschung. Die Notwendigkeit, auch gute Lehre zu fördern, ist vielen erst durch die vehementen Proteste der Studierenden im Jahr 2009 bewusst geworden. Stifterverband und HRK vergeben bereits seit vielen Jahren den *Ars legendi-Preis* für herausragende Hochschullehre. Auch der Wettbewerb *Exzellente Lehre*, den die Kultusministerkonferenz und der Stifterverband gemeinsam initiiert haben und dessen Preisträger im Herbst 2010 vorgestellt wurden, ist hier zu nennen. Und schließlich trägt der Hochschulpakt mit seiner finanziellen Förderung zur höheren Anerkennung und zum Reputationsgewinn der Hochschullehre bei.

Bildungsbeteiligung und Fachkräftemangel

Neben der Spitzenförderung in Forschung und Lehre brauchen Wissenschaft und Gesellschaft die gesamte Breite der Hochschulbildung. Ein großer Schritt dorthin ist die weitere Öffnung der Hochschulen. Die Studienanfängerquote von 40 % (OECD 2011: 391) im Jahr 2009 erfüllte zwar die Anforderungen des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 2006 (Wissenschaftsrat 2006), lag aber immer noch deutlich unter dem OECD-Mittel von 59 %. Wir sind uns bewusst, dass das ausgezeichnete System der beruflichen Bildung in Deutschland bei der Interpretation dieser Zahlen zu berücksichtigen ist; wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass wir aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland nicht darauf verzichten können, möglichst vielen jungen Menschen die Möglichkeit einer Hochschulbildung zu bieten.

Außer in Deutschland ist nur in Japan die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter in den vergangenen Jahren geschrumpft. In Japan jedoch steigt die Zahl der Hochqualifizierten jedes Jahr um 3,2 % – in Deutschland dagegen um nur 1,4 % (OECD 2011: 48 f.)! Zugleich muss man sich vor Augen halten, dass in unserer Wissensgesellschaft die Nachfrage nach besonders gut ausgebildeten Arbeitskräften zunehmen wird: Die EU schätzt, dass bis zum Jahr 2020 für 35 % aller Arbeitsplätze eine hohe Qualifikation erforderlich sein wird; heute liegt der Anteil dieser Arbeitsplätze bei 29 %. Die Zahl der Arbeitsplätze für Hochqualifizierte wird demnach in der EU um 15 Millionen steigen (Europäische Kommission 2010: 3). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es Deutschland mit der gegenwärtigen Bildungsbeteiligung nicht gelingen wird, den Fachkräftebedarf des Arbeitsmarkts zu decken. Dies ist besorgniserregend, denn bis zum Jahr 2030

wird eine Fachkräftelücke von 5,2 Millionen Personen, davon 2,4 Millionen Akademiker(innen), erwartet (Bundesagentur für Arbeit 2011: 8).

Öffnung der Hochschulen statt demografischer Rendite

Diese Prognosen verdeutlichen, dass und warum Deutschland höhere Bildungsinvestitionen und einen offeneren Hochschulzugang braucht. Die Hochschulen sind bereit, ihren Teil dazu beizutragen, wenn ihnen von der Politik die erforderlichen Rahmenbedingungen gewährt werden – mit Beschlüssen der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Hochschulzugang beruflich Qualifizierter ist es nicht getan (Kultusministerkonferenz 2009).

Es wird Unterstützung benötigt für das Erreichen der folgenden Ziele:

- die Steigerung der Übergangsquote von der Schule zur Hochschule sowie von der beruflichen zur Hochschulbildung,
- die Verringerung der sozialen Selektivität,
- die verbesserte Bildungsbeteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund,
- die leichtere Anerkennung der Qualifikationen von Zuwanderer(inne)n,
- die Steigerung der Zahl internationaler Studierender und Nachwuchswissenschaftler(innen).

Es gibt bereits Hochschulen, die gezielte Angebote für Personen mit beruflichen Qualifikationen oder ungewöhnlichen Bildungsbiografien bereithalten. Sie erleben die wachsende Diversität ihrer Studierenden als inspirierend und machen sie zu einem lebendigen Element ihres Hochschulprofils. Brückenkurse, berufsbegleitende Angebote und intensivere Betreuung sind hier vonnöten. Die Hochschulen sind bereit, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Die flexiblere Gestaltung des Studienangebots darf aber nicht durch starre Rahmenbedingungen eingeschränkt werden.

Diese Anstrengungen der Hochschulen verursachen zusätzliche Kosten. Es wäre fatal, wenn sich die Finanzminister(innen) mit ihrer Auffassung durchsetzen könnten, dass nachlassende Jahrgangszahlen zu Einsparungen im Bildungsbereich genutzt werden können. Das Gegenteil ist richtig: Nachlassende Jahrgangsstärken müssen durch intensivere Motivation zur Bildung und verbesserte Ausbildung kompensiert werden. Die Politik darf nicht auf eine demografische Rendite spekulieren, die die Notwendigkeit einer höheren Bildungsbeteiligung außer Acht lässt.

Wettbewerb im „Neuen Föderalismus“?

Insbesondere seit der Föderalismusreform I im Jahre 2006 ist die Hochschulfinanzierung ein Sorgenkind. Grund ist Artikel 91b des Grundgesetzes, der eine nur schwer zu überwindende Kooperationsbarriere zwischen Bund und Ländern in allen Belangen der Wissenschaft und Forschung darstellt, da Vereinbarungen in diesen Bereichen jeweils der Zustimmung aller Länder bedürfen. In den letzten Jahren stellt sich jedoch zunehmend die Frage, ob die Länder die Finanzkraft haben, um die übernommenen Aufgaben im Bereich der Bildung dauerhaft zu finanzieren. Sie haben zwar die Kompetenzen, aber zu wenig eigene Einnahmen, während der Bund eigene Einnahmen, aber zumindest in der Lehre keine Kompetenzen hat. Die wettbewerbliche Zusatzfinanzierung durch die Exzellenzinitiative oder den Hochschulpakt führt nicht zu einer wirklichen Konsolidierung der Hochschulfinanzen, sondern bindet zunächst Ressourcen bei ungewissem Ausgang. Hinzu kommt, dass aufgrund der vereinbarten Schuldenbremse ab 2020 keine strukturelle Nettoverschuldung der Länder möglich sein wird. Die Länder müssen vorbereitend ihre Haushalte umstrukturieren und erhebliche Einsparungen vornehmen. Das wiederum bedeutet, dass sich die Voraussetzungen für die Finanzierung der Hochschulen weiter verschlechtern werden. Das nun schon zu beobachtende Nord-Süd-Gefälle in der Bildungsrepublik Deutschland wird vermutlich noch steiler werden.

Masse und Klasse

Gute Studienbedingungen trotz steigender Studierendenzahlen? Trotz vieler schlechter Prognosen ist die Frage mit einem eindeutigen Ja zu beantworten – die Hochschulen haben bereits in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass sie trotz chronischer Unterfinanzierung gute Leistungen erbringen. Wenn sie ihre Entscheidungen in Schwerpunktsetzung und Profilbildung autonom und wissenschaftsadäquat treffen können, wenn der Bildung in den Haushalten der Länder und des Bundes derselbe Stellenwert eingeräumt wird wie in anderen OECD-Staaten (OECD 2011: 306) – dann wird es für die deutschen Hochschulen erheblich leichter werden, als Zukunftswerkstätten zum Wohlergehen der Gesellschaft beizutragen.

Literaturverzeichnis

- Bundesagentur für Arbeit (2011):** Perspektive 2025 – Fachkräfte für Deutschland, Nürnberg.
- Europäische Kommission (2010):** Youth on the move. An initiative to unleash the potential of young people to achieve smart, sustainable and inclusive growth in the European Union, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Luxemburg.
- Hochschulrektorenkonferenz (2011):** Zur Hochschulautonomie, Entschließung der 10. Mitgliederversammlung am 03.05.2011, http://www.hrk.de/de/beschluesse/109_6200.php?datum=10.+Mitgliederversammlung+am+3.5.2011.
- Kultusministerkonferenz (2009):** Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009. http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Hochschulzugang-erful-qualifizierte-Bewerber.pdf.
- OECD (2011):** Bildung auf einen Blick 2011. OECD-Indikatoren, Bielefeld.
- Statistisches Bundesamt (2011):** Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik zu Studierenden und Studienanfänger/-innen. Vorläufige Ergebnisse, Wintersemester 2011/2012, Wiesbaden.
- Wissenschaftsrat (2006):** Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, Köln.
- Wissenschaftsrat (2010):** Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen, Köln.